



## Antrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

### **Kein Steuergeld für chinesische Staatspropaganda!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die finanzielle Unterstützung der Konfuzius-Institute durch den Freistaat sowie die Unterstützung durch die Ressourcen bayerischer Hochschulen einzustellen, wenn keine umfassenden Reformen stattfinden, die eine politische Einflussnahme der chinesischen Regierung verhindern.

Diese sollen insbesondere die lückenlose Offenlegung der Finanzierungsstruktur der Institute sowie der Verträge zwischen den Instituten und den Hochschulen umfassen. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass die Weitergabe sensibler Informationen ausgeschlossen ist und auch in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse des Instituts die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewährleistet wird.

Generell wird die Staatsregierung aufgefordert dafür zu sorgen, dass fortlaufende Nachweise für freie Forschung und Lehre eine Grundvoraussetzung für von Drittstaaten finanzierte Institute an bayerischen Hochschulen sind.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass über die Sprachinstitute keine Regimeagenda im Sinne der chinesischen Soft-Power-Politik verfolgt werden kann und auch im Einflussbereich der Institute eine differenzierte, der chinesischen Diktatur und sozialistischen Kultur gegenüber systemkritische Auseinandersetzung stattfindet.

### **Begründung:**

Wir stehen für Weltoffenheit und Aufgeschlossenheit gegenüber allen Ländern und deren Kulturen. Kultureller Austausch und insbesondere das Erlernen von Fremdsprachen sind in einer globalisierten Welt unabdingbar für ein wohlwollendes Miteinander. Daher halten wir Sprachschulen für Fremdsprachen grundsätzlich für absolut förderungswert. Jedoch sollte die kulturelle Zusammenarbeit auf Basis unserer freiheitlich-demokratischer Grundwerte erfolgen.

Diese Grundsätze sehen wir bei den Konfuzius-Institute als äußerst gefährdet. Die Konfuzius-Institute haben nach Einschätzung der Bundesregierung auch nach Reformen im Jahr 2020 eine Nähe zur Kommunistischen Partei Chinas (KPCh, vgl. <sup>1</sup>). Die inhaltliche Ausgestaltung der chinesischen auswärtigen Sprachpolitik unterliegt beispielsweise dem neu eingerichteten „Zentrum für Sprachbildung und -kooperation“, welches dem chinesischen Erziehungsministerium direkt unterstellt ist, das wiederum an die Direktiven der KPCh gebunden ist. Weitgehend ist bekannt, dass die KPCh diese Sprachschulen für ihre sog. Soft-Power-Politik einsetzt. Darunter ist eine Vermittlung positiver Vorstellungen über das System Chinas zu verstehen; kritisch zu beurteilende Seiten des Systems wie etwa Menschenrechtsverletzungen werden gleichzeitig verschwiegen.

<sup>1</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/19/241/1924163.pdf>

China missbraucht damit die Sprachschulen, um das eigene, im Widerspruch zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehende System salonfähig zu machen.

Der Freistaat unterstützt diese Institute als einziges Bundesland finanziell. Wir fordern, diese Unterstützungen einzustellen, sofern grundlegende Reformen ausbleiben. Mehrere Universitäten haben ihre Kooperation mit dem Konfuzius-Institut beendet, weil die Gefahr einer Einflussnahme auf die Wissenschaft gesehen wurde. Die Stadt Ingolstadt beendete die Förderung für das „Audi Konfuzius-Institut“ vorzeitig.